



30. Sitzung, Dienstag, 11. Dezember 2007, 16.30 Uhr

Vorsitz: *Ursula Moor (SVP, Höri)*

Verhandlungsgegenstände

10. Konsolidierter Entwicklungs- und Finanzplan 2008 bis 2011 / Entwurf Budget 2008

Antrag des Regierungsrates vom 12. September 2007,
Nachtrag vom 31. Oktober 2007 und geänderter An-
trag der FIKO vom 22. November 2007, **4439b**..... Seite 1855

11. Festsetzung des Steuerfusses für die Jahre 2008 und 2009

Antrag des Regierungsrates vom 12. September 2007
und geänderter Antrag der FIKO vom 22. November
2007, **4438a**..... Seite 1855

Verschiedenes

- Fraktions- oder persönliche Erklärungen
 - *Persönliche Erklärung von Martin Arnold (SVP, Oberrieden) zu den Bildungszielen der Bildungsdirektion*..... Seite 1888

Geschäftsordnung

Ordnungsantrag

Beat Walti (FDP, Zollikon): Ich stelle Ihnen den Antrag,

die Traktandenliste so zu verändern, dass wir Geschäft 13, das ist das Euro-Geschäft, um eine Position vorziehen, dieses behandeln und nach Abschluss der Behandlung die Verhandlungen schliessen.

Ich hoffe, dass wir somit keine zweite Sitzung brauchen werden. Wir haben nur noch ein bescheidenes Programm vor uns. Ich bin der Meinung, dass in diesen hektischen Vorweihnachtstagen eine unnötige Nachtsitzung nicht unbedingt durchzuführen ist.

Ruedi Lais (SP, Wallisellen): Ich stelle Ihnen einen teilweisen Gegenantrag. Gegen das Vorziehen des Euro-2008-Kredits haben wir nichts. Aber da wir alle den Abend für eine Ratssitzung reserviert haben, ist es meiner Meinung nach angezeigt, diese durchzuführen. Die Traktandenliste umfasst 207 Geschäfte. Ich habe alles Verständnis für die familiären Pflichten von Beat Walti. Es ist gut, dass er die wahrnehmen will. Wir sollten aber den Dienst am Bürger an die erste Stelle stellen, und das heisst, die Traktandenliste abbauen.

Lucius Dürri (CVP, Zürich): Wir schliessen uns dem Antrag Beat Walti an. Wir sind auch der Meinung, es genügt heute, das Budget seriös durchzuberaten, abzuschliessen und dann wieder unserer gewohnten Arbeit nachzugehen. Wir haben genügend Arbeit auch im Geschäft. Es ist nicht so, dass es uns langweilig wäre. Deshalb bitten wir Sie, dann die Sitzung abubrechen.

Alfred Heer (SVP, Zürich): Ich wäre eigentlich grundsätzlich dafür, stelle aber fest, dass wir diverse Personen haben, die auf die zweite Ratssitzung rund 30 Personen eingeladen haben. Es wäre natürlich nicht sehr intelligent, wenn wir jetzt die zweite Sitzung absagen würden und 30 Personen stehen hier, ohne dass eine Sitzung stattfindet. Ich finde es schade, dass dieser Antrag nicht bereits gestern verhandelt worden ist.

Abstimmung

Der Kantonsrat lehnt den Ordnungsantrag Beat Walti mit 74 : 40 Stimmen bei 9 Enthaltungen ab.

Ratspräsidentin Ursula Moor: Das Wort wird weiter nicht verlangt. Die Traktandenliste ist in der vorliegenden Form genehmigt.

10. Konsolidierter Entwicklungs- und Finanzplan 2008 bis 2011 / Entwurf Budget 2008

Antrag des Regierungsrates vom 12. September 2007, Nachtrag vom 31. Oktober 2007 und geänderter Antrag der FIKO vom 22. November 2007, [4439b](#)

Gemeinsame Behandlung mit dem folgenden Traktandum

11. Festsetzung des Steuerfusses für die Jahre 2008 und 2009

Antrag des Regierungsrates vom 12. September 2007 und geänderter Antrag der FIKO vom 22. November 2007, [4438a](#)

Fortsetzung der Beratungen

Ratspräsidentin Ursula Moor: Die allgemeine Debatte haben wir zusammen mit dem Budget und dem KEF (*Konsolidierter Entwicklungs- und Finanzplan*) geführt. Wir kommen nun zur Detailberatung der Steuerfussvorlage.

Detailberatung

Titel und Ingress

Keine Bemerkungen; genehmigt.

I.

Minderheitsantrag Jakob Schneebeili, Martin Arnold, Hans Frei und Hansueli Züllig

I. Der Steuerfuss für die Jahre 2008 bis 2009 wird auf 95 % der einfachen Staatssteuer festgesetzt.

Hans Frei (SVP, Regensdorf), Präsident der Finanzkommission: Gemäss Paragraph 2 Steuergesetz wird der Steuerfuss für zwei Jahre festgesetzt. Losgelöst vom KEF wird mit der Steuerfussvorlage nochmals

auf die vom Regierungsrat auf den Zeitpunkt der Festsetzung des Steuerfusses zu erstellenden Grundlagen eingegangen. In der Eintretensdebatte wurde zu dieser Ausgangslage bereits aus allen politischen Lagern Stellung genommen. Daher kann ich mich auch hier kurz fassen.

Speziell wird die Entwicklung der Erfolgsrechnung unter Berücksichtigung des mittelfristigen Ausgleichs beurteilt. In der Planungsperiode 2004 bis 2011 beträgt der kumulierte Ertragsüberschuss 900 Millionen Franken. Dabei ist der aussergewöhnliche Ertragsüberschuss durch den Golderlös aus dem Jahr 2005 eingerechnet. In zwei Jahren wird dieses Ergebnis aus der Berechnung des mittelfristigen Ausgleichs fallen und die Ausgangslage wesentlich ändern. Das steuerpolitische Umfeld wird durch den Steuerwettbewerb gekennzeichnet. Interkantonale, aber auch internationale Standorte versuchen konkurrierende Standorte ihre Attraktivität durch die Senkung der Steuerbelastung zu steigern.

Am 1. November 2007 wurde die Steuerfussvorlage in der Finanzkommission präsentiert und beraten. Die unterschiedliche Entwicklung von Steuererträgen und Volkseinkommen wurde eingehend erläutert. Die Kommission erkundigte sich nach dem Stand der angekündigten strategischen Ausrichtung der Finanzpolitik. Die Finanzdirektorin, Regierungsrätin Ursula Gut, bestätigte, dass zur Steuerstrategie eine Vorlage in Vorbereitung ist, die dem Kantonsrat im Frühjahr 2008 vorliegen wird.

Die Mehrheit der Finanzkommission beantragt Ihnen, den Steuerfuss für die Jahre 2008 und 2009 unverändert auf 100 Prozent der einfachen Staatssteuer festzusetzen.

Martin Arnold (SVP, Oberrieden): Ich begründe kurz den Minderheitsantrag der Finanzkommission.

Ich habe bereits in der Eintretensdebatte erwähnt, dass die Zwischenberichterstattung für die Rechnung 2007 eine Verbesserung des Ergebnisses um 350 bis 500 Millionen Franken im Vergleich zum Budget aufweist. Effektiv sind darin Mehreinnahmen von knapp 200 Millionen Franken enthalten, die aus der höheren Gewinnausschüttung der ZKB, aus höheren Steuererträgen und aus zusätzlichen Erträgen durch Geldanlagen zusammengesetzt sind. Es kann davon ausgegangen werden, dass sich diese Verbesserung auch im kommenden Jahr einstellen wird. Mindestens zeigen die aktuellen Steuerdaten in zahlreichen Gemeinden ein sehr positives Bild. Diese Tatsache dürfte auch an den Kantonsfinanzen nicht spurlos vorübergehen trotz den Schlag-

zeilen der UBS. Damit liegen die rund 200 Millionen Franken Einnahmenreduktion, die sich durch die Steuerfussreduktion ergeben, im Rahmen einer Korrektur aufgrund der verbesserten Wirtschaftslage und der damit gesteigerten, im Budget nicht enthaltenen Einnahmen. Ausserdem ist zu beachten, dass bereits in den vergangenen Jahren trotz Steuersenkungen die Steuererträge real gestiegen sind. Die voraussichtlichen positiven Effekte dieser Steuerfussenkung auf das Steuersubstrat sind also nicht berücksichtigt. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass jeder zusätzliche Steuerfranken in der Kantonskasse sofort neue Begehrlichkeiten auslöst. Die Phantasie der Linken scheint in dieser Frage grenzenlos zu sein.

Wir unterstützen mit unserem Antrag also nur die Bemühungen der Regierung, den Kantonshaushalt von neuen Aufgaben zu verschonen, strukturelle Defizite zu beseitigen und mittelfristig den Haushalt ins Lot zu bringen. Statt dem Prinzip Hoffnung zu vertrauen und auf eine dereinst kommende Steuerstrategie zu warten – ich frage mich manchmal, wie lange wir schon auf diese Strategie warten –, können die bürgerlichen Kräfte in diesem Parlament mit der Unterstützung dieses Antrags sofort etwas erreichen für alle Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, gerecht verteilt, sofort wirksam, kein Steuergeschenk, nur eine etwas kleinere Rechnung für alle. Was uns andererseits die Steuerstrategie tatsächlich bringen wird, ist noch völlig offen, ebenso der Zeitpunkt, ab dem diese greifen soll. Das Paket, das uns die Finanzdirektorin präsentieren wird, dürfte durch die Kommissions- und Parlamentsberatungen zeitlich verzögert und inhaltlich verändert werden. Was von den – so unterstelle ich es einmal – guten Absichten der Regierung da noch übrig bleibt, ist ungewiss. Die nächste Steuerfussdebatte wird bereits in zwei Jahren geführt. Ich könnte mir gut vorstellen, dass wir dann über Fakten reden können. Die SVP wird einer wirklich guten Finanz- und Steuerstrategie sicher nicht im Wege stehen.

Ich bitte Sie deshalb, den Antrag der SVP-Fraktion zu unterstützen.

Raphael Golta (SP, Zürich): Die SP-Fraktion unterstützt den Finanzkommissionsantrag zur Beibehaltung des Steuerfusses. Den Antrag der SVP lehnen wir klar ab.

Ich bin doch etwas überrascht, wie schnell Martin Arnold bereits diejenige Regierung unter Druck zu setzen versucht, an deren Zusammensetzung er doch nicht ganz unbeteiligt war. Ich spreche vom Prin-

zip Hoffnung, mit welchem hier gearbeitet wurde. Nun, Martin Arnold, vor einem halben Jahr haben Sie zu dieser Regierung beigetragen – erstaunlich!

Nun gut, die Regierung will die nächsten Jahre ohne Steuerfusserhöhung in Angriff nehmen, obwohl die finanziellen Aussichten alles andere als rosig sind. Wie weise und nachhaltig dies ist, wird sich noch zeigen müssen. Wir hoffen jedenfalls, dass sich die Einlösung des von der SVP und der FDP abgegebenen Wahlversprechens nicht früher oder später als finanzpolitischer Bumerang entpuppt. Zurzeit ist nämlich unklar, wie die Regierung die finanziellen Löcher stopfen will, die uns eine abflachende Konjunktur schon bald bescheren könnte. Was bisher unter dem Titel «Finanz- und Steuerstrategie» kursiert, vermag jedenfalls nicht zu überzeugen. Angekündigt werden weitere Steuersenkungen ohne Beitrag zur Gesundung der Staatsfinanzen. Der Kanton kann sich keine weiteren Steuersenkungen leisten. Er hat diese auch nicht nötig – weder beim Steuerfuss noch durch eine Steuergesetzrevision. Das von der Regierung in Auftrag gegebene Gutachten Gebhard Kirchgässner hat klar aufgezeigt, dass im Rahmen des Standortwettbewerbs kein steuerpolitischer Handlungsbedarf besteht.

Für die SP steht fest: Sie, Finanzdirektorin Ursula Gut, stehen in der Verantwortung. Sie müssen aufzeigen, wie der Kanton Zürich seine Leistungen erbringen und seinen Pflichten als Arbeitgeber nachkommen kann, auch wenn uns die Konjunktur eines Tages nicht mehr zur Seite steht. Sollte die Regierung ihr Glück einmal mehr in weiteren Leistungsabbau-Programmen suchen, so werden wir diese mit den uns zur Verfügung stehenden demokratischen Mitteln zu bekämpfen wissen.

Brigitta Leiser (CVP, Regensdorf): Wie bereits gestern klar begründet, lehnt die CVP eine Senkung des Steuerfusses um 5 Prozent ab.

Eine Steuersatzsenkung ist im heutigen Zeitpunkt unverantwortlich. Die Finanzlage des Kantons Zürich ist nicht rosig. Die hohen Nettoinvestitionen führen zu einer zusätzlichen Verschuldung. Für den Kanton Zürich ist es wichtig, gezielte und nachhaltige Steuererleichterungen zu schaffen, wie dies die CVP immer wieder fordert, sei dies für Familien, Kinderbetreuung und sozial Schwache. Auch fordern wir gezielte Steuererleichterungen für KMU (*kleinere und mittlere Unternehmen*). Wir warten gespannt auf das Steuererleichterungsprogramm, das uns in ein paar Wochen unsere Finanzdirektorin vorstellen wird.

Peter Ritschard (EVP, Zürich): Die EVP-Fraktion stimmt dem Steuerfuss von 100 Prozent zu. Eine Reduktion auf 95 Prozent lässt sich auf keinen Fall verantworten. Es soll mir einmal einer erklären, wo die fehlenden Millionen dann hergenommen werden. Soll die Verschuldung des Kantons noch weiter zunehmen? Sollen die Gemeinden stärker belastet werden? Oder mit welchem Abbau-Szenario soll der Aufwand um 200 Millionen Franken gesenkt werden? Schon bisher waren die Sparspezialisten nicht in der Lage zu sagen, welche Leistungen konkret abgebaut werden sollen. Der Staat kann nicht einfach gesetzliche Aufgaben abschütteln, um weiter zu sparen. Wie mir scheint, sind die Sparübungen vergangener Jahre zudem inzwischen ins Gegenteil umgefallen und zu Verteuerungsübungen geworden. Die «Husi» lässt grüssen.

Wie man so schön technisch sagt, soll der Kanton sein Steuersubstrat pflegen. Mit «pflegen» versteht man oft, weniger Steuer bezahlen. Aber pflegen müssen wir auch den Kanton Zürich. Dieser verfügt über eine schöne Landschaft, die auch gepflegt werden will; über Bildungsinstitutionen, die eine globale Wettbewerbsfähigkeit auch in Zukunft garantieren müssen; über Spitäler, deren Ruf erhalten und wieder hergestellt werden muss; über ein leistungsfähiges Verkehrssystem aus öffentlichem und privatem Verkehr. Die Bewohner des Kantons Zürich und die hier ansässigen Firmen schätzen diese Leistungen hoch ein und sind bereit, dafür zu bezahlen.

Das Wettbewerbsumfeld des Kantons Zürich setzt sich nicht nur aus Steuern zusammen. Auch die aus- und eingewanderten guten Steuerzahler der kleinen Nachbarkantone können nicht auf die Leistungen des Kantons Zürich verzichten. Der so genannte Steuerwettbewerb ist zum Teil ein fauler Zauber. Ein Steuerfuss von 100 Prozent ist politisch opportun. Eine visionäre Politik kann mit einem zu engen Spielraum zwischen Einnahmen und Ausgaben nicht ins Auge gefasst werden. Eine Erhöhung der Schuldenlast empfinden wir als eine unfaire Verschiebung der Finanzlasten auf eine spätere Generation. Wir geben dem Regierungsrat auch mit 100 Prozent Steuerfuss eine schwierige Aufgabe mit.

Ralf Margreiter (Grüne, Oberrieden): Wir Grüne lehnen den Minderheitsantrag der SVP ab und unterstützen den Mehrheitsantrag der Finanzkommission.

Seien wir ehrlich, die KEF-Zahlen verstellen den Blick. Sie verstellen den Blick darauf, dass genau genommen null finanzpolitischer Spielraum besteht. Sie verstellen den Blick darauf, dass wir in diesem Kanton noch auf Jahre hinaus die Folgen einer verantwortungslosen bürgerlichen Bankrottpolitik zu tragen haben. Sie verstellen den Blick darauf, dass der mittelfristige Ausgleich eine Farce und die Ausgabenbremse ein untaugliches Instrument der politischen Gestaltung im Kanton Zürich darstellen. 1,6 Milliarden Franken Nationalbankgold sind auf die acht Jahre KEF-Periode umgelegt 200 Millionen Franken pro Jahr, die das Ergebnis schönen. 200 Millionen Franken, die ziemlich genau den 5 Prozent entsprechen, die Sie auf der gegenüberliegenden Seite den Steuerfuss gesenkt und dann nicht wieder angehoben haben.

Der Kanton Zürich begeht einen folgenschweren strategischen Fehler. Der Kanton Zürich beziehungsweise seine bürgerliche Mehrheit meint, im unsinnigen Steuerwettbewerb mit den Kleinstkantonen ringsum mittun zu müssen, um selbst an der desaströsen Spirale gegen unten weiter zu schrauben, anstatt auf seine Stärken und die Qualitäten zu bauen, die die Position des Kantons im Wettbewerb ausmachen, denn der Wettbewerb ist mehr als ein Steuerwettbewerb.

Der Präsident der Finanzkommission hat den Staatshaushalt gestern als krankend bezeichnet und als Patient. Er hat allerdings eine sehr einseitige Brille auf. Er richtete den Blick wieder nur auf die Ausgabenseite, wo wegen Investitionen und NFA (*Neuer Finanzausgleich*) und wegen des dringend nötigen Nachvollzugs bei den Löhnen Mehrausgaben anstehen. Einnahmenseitig ist diese finanzpolitische Position hingegen blind.

Wir haben in den Erläuterungen zum Steuerfuss festgestellt, dass der Kanton seine Berechnungsgrundlage geändert hat. Wir hoffen, dass mit dieser Berechnungsgrundlage die Zahlen, die Prognosen auch etwas korrekter ausfallen als in der Vergangenheit. Es täte Not, denn solange wir mit dem Instrument «mittelfristiger Ausgleich» kutschieren müssen und die Zahlen auf derart tönernen Füßen stehen wie in der Vergangenheit, ist eine vernünftige und verantwortungsvolle Politik kaum möglich.

Die lang erwartete Steuerstrategie wird aller Voraussicht nach nicht viel bringen können. Der Berg wird eine Maus gebären müssen, denn es besteht schlicht kein Spielraum, um irgendwelche gescheiterten strategischen, steuerpolitischen Massnahmen überhaupt durchziehen zu können. Die Regierung sagt das im Antrag zum Steuerfuss selbst. Der

Golderlös ist bereits in den Steuergeschenken an die Reichen versackt. Der Spielraum ist verpufft. Die politische Position des Kantons wurde dadurch nicht eben gestärkt.

Finanzdirektorin Ursula Gut hat zu Recht festgestellt, angesichts der Konjunktur sollten hohe Überschüsse resultieren. Das tun sie nicht, und das werden sie nicht. Es ist in dieser Lage völlig verantwortungslos, einen solchen Antrag nur schon zu stellen, wie das die SVP hier tut. Es ist aber nicht weiter erstaunlich von dieser Partei wieder einmal die Verabschiedung aus der Diskussion zu erleben, die ernst gemeint, so nicht geführt werden kann.

Wir stimmen dem Steuerfuss von 100 Prozent gemäss Mehrheit der Finanzkommission zu im Wissen darum, dass mit dem KEF 2009 die 1,6 Milliarden Franken Golderlös nicht mehr vorhanden sein werden; im Wissen darum, dass wir dannzumal eine wesentlich weniger erspriessliche Debatte um den Steuerfuss zu führen haben werden, denn eines können Sie uns glauben, und dazu braucht man nicht Schwarzmalerei zu sein, mit 100 Prozent wird es dann kaum mehr getan sein.

Heinz Kyburz (EDU, Oetwil a. S.): Die EDU lehnt eine Steuerfussreduktion und somit den Minderheitsantrag ab.

Allfällige nicht budgetierte Steuermehreinnahmen der Jahre 2007 und 2008 sind zum Schuldenabbau zu verwenden und nicht der Bevölkerung im Rahmen einer Steuerfussreduktion weiterzugeben, weil sich der Kanton Zürich aufgrund der anstehenden grossen Investitionen dies nicht leisten kann. Eine Steuerfussreduktion würde die Verschuldung gar unnötig erhöhen. Trotz des vorhandenen strukturellen Defizits und den mittelfristig unsicheren Aussichten stellt der Regierungsrat keinen Antrag, den Steuerfuss für die nächsten zwei Jahre zu erhöhen.

Aus der Weisung des Regierungsrates geht hervor, dass der Kanton Zürich im interkantonalen und internationalen Steuerwettbewerb gut positioniert ist. Deshalb möchte der Regierungsrat von einer Erhöhung des Steuerfusses, wie es noch im letztjährigen KEF vorgesehen war, absehen. Er will auch den Steuerzahlenden möglichst geringe Belastungen aufbürden, um ihre Kaufkraft nicht zu schmälern. Der Regierungsrat hat die Absicht, nun hoffentlich baldmöglichst eine Finanzstrategie vorzulegen, um das strukturelle Defizit im Staatshaushalt zu begleichen.

Die EDU ist unter Würdigung der genannten Aspekte bereit, dem Antrag des Regierungsrates zu folgen und den Steuerfuss bei 100 Prozent zu belassen. Wir sind uns bewusst, dass je nach konjunktureller Entwicklung in zwei Jahren, wenn dann der mittelfristige Ausgleich gefährdet ist, über eine Anpassung befunden werden muss.

Robert Marty (FDP, Affoltern a. A.): Die Festsetzung des Steuerfusses ist in der Regel das Ergebnis verschiedener Faktoren, die zusammen betrachtet werden müssen. Ein bedeutendes Kriterium spielt regelmässig die Entwicklung in der Vergangenheit. Ich habe mir die Zeit genommen, die letzten zehn Jahre, also die Jahre 1998 bis und mit 2007, genauer zu betrachten. Für 2007 stütze ich mich auf den Zwischenbericht per 31. August 2007, wonach die Rechnung 2007 mit einem Ertragsüberschuss von 74 Millionen Franken abschliessen soll. In acht dieser zehn Jahre weist die Staatsrechnung einen Überschuss aus. Klammert man 2005 den Golderlös aus, bleiben noch immer sieben positive Jahre. Der Saldo der zehn Rechnungsjahre ergibt inklusive Golderlös einen Überschuss von 1,76 Milliarden Franken. Zählen Sie das Gold weg, bleiben rund 200 Millionen Franken.

Vergleicht man nun die Voranschläge mit den Rechnungen in diesen zehn Jahren, stellt man noch viel Erstaunlicheres fest. Der Abschluss fällt in acht von zehn Jahren wesentlich besser aus als budgetiert. Ganz enorm ist dabei die Abweichung zwischen Voranschlag und Rechnung. Kumuliert betrachtet haben sich Regierung und Parlament um nicht weniger als 4 Milliarden Franken, oder jährlich um 400 Millionen Franken verschätzt. Klammert man den Golderlös wiederum aus, so bleibt für die zehn Ergebnisse eine Fehlschätzung von 2,5 Milliarden Franken. Kein Wunder konnte in diesem Zeitraum die Nettoverschuldung des Staates um rund 40 Prozent reduziert werden. Das Eigenkapital erreicht mit über 2 Milliarden Franken Ende 2007 den Höchststand der letzten zehn Jahre. Es erstaunt daher nicht, dass der Kanton Zürich in einem Vergleich der Kantons- und Gemeindefinanzen des Lausanner Hochschulinstituts für öffentliche Verwaltung bei den Kantonen 2006 den ersten Platz belegt.

Allein aus der Retrospektive beurteilt, hat die Forderung der SVP nach einer Steuersenkung also einiges für sich. Nur, der Blickwinkel in die Vergangenheit allein reicht nicht aus, um den Entscheid zu fällen. Es gibt eine Gegenwart und eine Zukunft, und beide können nicht unberücksichtigt bleiben. Unberücksichtigt bliebe so die Tatsache, dass die neue Regierung die vier Jahre lang eingestellte Steuerfusser-

höhung auf 105 Prozent ohne Federlesen gestrichen hat. Unberücksichtigt bliebe die Tatsache, dass die Nettoinvestitionen in den nächsten beiden Jahren deutlich über dem Mittel der Vergangenheit liegen und die Verschuldung allein deswegen schon ansteigt. Unberücksichtigt bliebe weiter, dass die Milderung der Doppelbesteuerung der Dividende weder im Voranschlag noch im KEF eingestellt ist. Unberücksichtigt bliebe das Tempo, mit dem die Regierung diese Vorlage durchgebracht hat und sie auch in Kraft setzt, nämlich per 1. Januar 2008. Unberücksichtigt bliebe auch der Umstand, dass seit April dieses Jahres im Regierungsrat die neue Formel gilt: Vier gewinnt. Unberücksichtigt blieben die Legislaturziele, welche eben diese neue Regierung am 12. September 2007 bekannt gegeben hat. Unter der Leitlinie 1, zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Zürich, finden sich klare Ziele in Fragen der Finanz- und Steuerstrategie. Diese haben in der Legislatur-Berichterstattung respektive in den Legislaturschwerpunkten der vorgängigen Regierung gänzlich gefehlt.

Wir Freisinnigen vertrauen der Regierung, dass sie ihre Ziele rasch umsetzen will und haben keine Veranlassung, ihr aus reinem Reflex oder Instinkt zu misstrauen. Der Kanton Zürich hat in der Vergangenheit zweifellos Terrain gegenüber anderen Kantonen verloren. Einer der Gründe dafür war mit Sicherheit der permanente Kampf zwischen Regierung und Parlament in Finanz- und Steuerfragen. Diesen Kampf erneut zu führen – quasi auf Vorrat oder um die Regierung ohne Anlass schon heute unter Druck zu setzen –, ist nicht unsere Sache. Vielmehr zählen wir auf ein Zusammengehen von Regierung, Parlament und Wirtschaft. Nur so werden wir rasch an Schwung gewinnen und verlorenes Terrain gegenüber anderen Kantonen zurückerobert werden können. Raufen wir uns also zusammen, alle Parteien, die sich dem Wohl des gesamten Kantons und der gesamten Bevölkerung verpflichtet fühlen, nicht nur der eigenen Wählerklientel gegenüber.

Wir vertrauen darauf und haben hohe Erwartungen, dass die Regierung im Frühjahr 2008 die angekündigte Steuerstrategie als Gesetzesrevision vorlegt. Es wird danach am Parlament, also an uns liegen, die Vorlage rasch zu behandeln. Wünschenswert und theoretisch möglich wäre ein Inkraftsetzen schon per 2009.

In diesem Sinn bitten wir Sie zur Kenntnis zu nehmen, dass wir 100-prozentig liberal für den 100-prozentigen Steuerfuss stimmen werden.

Arnold Suter (SVP, Kilchberg): Lieber Raphael Golta und lieber Ralf Margreiter, Steuerfussenkungen haben nicht, wie von Ihnen und unseren politischen Gegnern immer wieder befürchtet und heraufbeschworen, zu massiven Steuerertragseinbussen geführt. Sie haben nichts mit Totsparen, Aushöhlen, Kaputtsparen zu tun. Das Gegenteil ist der Fall. Steuerfussenkungen führen dazu, dass der Einfluss des Staats eingeschränkt und der Aufwand für einen sich immer mehr aufblähenden Verwaltungsapparat gestoppt wird. Sogar alt Regierungsrätin Verena Diener, die beileibe nicht eine bürgerliche Politikerin ist (*Heiterkeit*), hat bei ihrem Rücktritt aus dem Regierungsrat festgehalten, dass die so genannten Sparprogramme niemanden haben darben lassen. Im Gegenteil sind sogar innovative und kreative Lösungen entstanden. Man musste sich lediglich etwas einschränken und etwas mehr anstrengen. Dafür konnte man aber mit dem Erreichten letztlich zufrieden sein. Wenn sie eine bürgerliche Regierungsrätin gewesen wäre, hätten Sie sie bei den letzten Wahlen sicher nicht unterstützt. Tatsächlich aber hat alles «Sparen» in den letzten Jahren nicht zu einem Staatsabbau geführt. Das Ausgabenwachstum wurde lediglich gebremst. Man stelle sich vor, der Aufwand im Kanton Zürich stieg im Zeitraum von 1990 bis 2004 um sagenhafte 49,5 Prozent. Die Teuerung im gleichen Zeitraum betrug dagegen lediglich 25 Prozent. 2005 ist der gesamte Golderlös der Nationalbank von 1,6 Milliarden Franken in die Laufende Rechnung des Kantons geflossen. Regierungsrätin Ursula Gut, Investitionen sind im Rahmen des ordentlichen Budgets sicherzustellen und nicht durch ausserordentliche Erträge wie den Golderlös. Andere Kantone haben damit Steuersenkungen beschlossen, damit der Golderlös auch wirklich allen Steuerzahlern zugute kommt. Auch im Kanton Zürich hat die Bevölkerung Anrecht auf diesen Golderlös. Wenigstens im Nachhinein soll die Zürcher Bevölkerung von ihm profitieren können. Mit einer Steuersenkung von 5 Prozent würden im Kanton Zürich zum einen alle Steuerzahler entlastet und zum anderen die Erträge des Staats auf ein vernünftiges Mass reduziert, damit die unsägliche Aufwandspirale nicht von neuem zu drehen beginnt und das versprochene Entlastungsprogramm 08 auch weiter vorangetrieben wird. Die Regierung hat in ihrem Bericht selbst festgestellt, dass nach wie vor ein strukturelles Defizit besteht. Dort sind die Korrekturen anzubringen. Diese Steuersenkung mag auf den ersten Blick etwas phantasielos wirken, sie hat sich aber in der Vergangenheit bestens bewährt. Gleichzeitig beflügelt sie die Wirtschaft und den Steuerstandort Zürich. Wir sind überzeugt, mit dieser Lösung wird der Staat lediglich gezwungen, Mass zu halten und zudem wer-

den die Voraussetzungen für einen starken Wirtschaftsstandort Zürich geschaffen, denn nur ein massvoller Staat mit tiefen Steuern hat auch zufriedene Bürger und eine blühende Wirtschaft.

Unterstützen Sie bitte den Antrag.

Ueli Annen (SP, Illnau-Effretikon): Lieber Noldi Suter (*spricht ähnlich laut und betont wie Arnold Suter*), auch wir haben starke Stimmen auf dieser Seite! (*Heiterkeit.*) Ich bin noch geprägt von der Diskussion um die Volksinitiative «Schluss mit der Schuldenwirtschaft zulasten unserer Kinder», die wir in unserer Kommission geführt haben. In der Begründung malen Sie den überhöhten Schuldenberg des Kantons Zürich an die Wand, der unsere Kinder dereinst erdrücken wird.

Jetzt kommen Sie und beantragen eine Reduktion von 5 Prozent für unsere Steuern. Dabei haben wir Ihnen auseinander gesetzt, Regierungsrätin Ursula Gut hat es gemacht, wir haben es gemacht, der Chef der Finanzverwaltung hat es gemacht, dass es nichts nützt, ein Kässeli bereit zu stellen. Was Sie tun müssen, ist regelmässig dafür zu sorgen, dass Sie Überschüsse in der Laufenden Rechnung haben. Dann werden Sie diesen Schuldenberg reduzieren.

Ich muss Ihnen sagen, diese Heuchelei muss an den Pranger gestellt werden. Ich tue es heute, damit ich es dann in der Diskussion um diese Initiative noch einmal tun kann. Man kann es nicht genug tun. Es sind diese Widersprüchlichkeiten, welche unsere Politik in Misskredit bringen. Dagegen wehre ich mich.

Wir hätten in dieser Situation durchaus Grund, mit den Steuern in einem moderaten Mass hinaufzugehen. Ich habe die Worte des Präsidenten der Finanzkommission vom bevorstehenden Fieberschub dieses Kantons noch in den Ohren. Wenn das der Fall ist, dann wäre es eigentlich angezeigt, die Steuern zu erhöhen, damit wir nicht in dieses Loch hineinfahren. Es gäbe durchaus Leute auf dieser Seite, die mich in dieser Absicht unterstützen würden. Wir wollen einen starken Kanton Zürich. Wir wollen einen Kanton Zürich, der seine gute und starke Position in Bezug auf Steuern und auf Leistungen behalten kann. Ich habe hier die Ausgabe der «Bilanz» mitgebracht. Da werden die 100 besten Städte, also alle Orte über 10'000 Einwohner, bewertet. Das Ergebnis ist, dass auf den ersten 25 Plätzen 14 Zürcher Gemeinden zu finden sind. 23 von insgesamt 26 Zürcher Städten sind in der ersten Hälfte der Rangliste. Das zeigt eben, dass wir eigentlich in einem sehr

guten Umfeld sind. Der Kanton Zürich ist trotz der überbordenden finanzpolitischen Abenteuerlust der gegenüberliegenden Seite noch durchaus in Form. Mit vereinten Kräften wird es uns auch in Zukunft gelingen, die subversiven Kräfte auf dieser Seite zurückzudrängen.

Martin Arnold (SVP, Oberrieden), spricht zum zweiten Mal: Trotz der vehementen Voten auf der anderen Seite versuche ich, ruhig und sachlich zu bleiben.

Lieber Ralf Margreiter, ich habe absolutes Verständnis dafür, dass Sie das dicke Buch (*hält den KEF in die Höhe*) etwas irritiert und Ihnen den Blick etwas verstellt hat. Aber Robert Marty hat in verdankenswerter Weise die Details aufgezeigt, wie es sich verhält mit der Budgetierung und der Rechnung. Der Spielraum für diese Steuerfussenkung ist vorhanden. Trotz Steuersenkungen sind die Einnahmen real gestiegen. Bitte nehmen Sie das einfach einmal zur Kenntnis.

Dann müsste man noch mit einer alten Mär aufhören, nämlich mit der Geschichte um die Steuergeschenke. Mindestens für Oberrieden, lieber Ralf Margreiter, kann ich Dich beruhigen, dass Steuersekretär Jürg Wuhrmann nie mit einem «Steuergschänkli» bei Dir zu Hause vorbeikommen wird. Das einzige, das passiert, ist, dass wir versuchen, die Steuerrechnung so moderat wie möglich zu halten. Aber Steuergeschenke gibt es nicht. Das kannst Du aus Deinem Vokabular eigentlich streichen.

Robert Marty hat es sehr richtig gesagt, wie es sich mit den Budgets und den Rechnungen verhält. Leider, das muss ich sagen, zieht er aus seinen Betrachtungen die falschen Schlüsse. Auch wir haben Vertrauen in die Regierung, aber ein bisschen Kontrolle kann nie schaden.

Stimmen Sie unserem Antrag zu.

Raphael Golta (SP, Zürich), spricht zum zweiten Mal: Nun, Arnold Suter und Martin Arnold, in einem Punkt möchte ich doch darauf hinweisen, dass Sie sich einmal entscheiden sollten, was denn nun gilt. Sind Sie jetzt eigentlich stolz darauf, dass Sie Ihren Wählerinnen und Wählern Steuern im Umfang von 800 Millionen Franken erspart haben, oder aber ist es so, dass durch diese Massnahmen letztlich die Steuern doch steigen? Es ist einigermassen seltsam, dass Sie sich da auf der einen wie auf der anderen Seite ausruhen und hier gewissermassen die finanzpolitische Quadratur des Kreises versuchen.

Genauso sollten Sie sich vielleicht auch einmal überlegen, wem Sie denn nun die Schuld geben für die Nichtwahl Ihres Kandidaten (*Ständerat*). Ist das jetzt die linke Seite, oder ist das die FDP? Was mich zu Robert Marty bringt, der vorhin nochmals stolz die Formel der «vier gewinnt» gebracht hat. Wenn diese Budgetdebatte eines zeigt, dann ist es, dass von diesen vier nicht mehr viel übrig ist. Sie haben nur noch zwei in der Regierung, welche Ihren Kurs unterstützen.

Regierungsrätin Ursula Gut: Es ist erfreulich, dass die Rechnung 2007 dank höher als budgetierten Steuererträgen besser abschliesst als vorgesehen. Es ist aber nicht so, dass mit 300 bis 500 Millionen Franken höheren Steuererträgen zu rechnen ist. Es wäre auch falsch, nun über das positive Ergebnis zu jubilieren. In Zeiten der Hochkonjunktur sollten – da sind wir uns einig – weit bessere Rechnungsabschlüsse erzielt werden. Dass dies nicht der Fall ist, deutet auf ein strukturelles Defizit hin. Auch darüber besteht Konsens. Der Minderheitsantrag würde das strukturelle Defizit jedoch weiter vergrössern. Es ist auch nicht so, dass die im Budget 2008 und im KEF eingestellten Mehrerträge bei den Steuern wegen der sich abzeichnenden guten Rechnung 2007 sicher sind, weil die Steuererträge 2007 besser als budgetiert ausfallen. Auf die Unsicherheit der Steuerentwicklung wurde in der bisherigen Debatte auch von Ihnen verschiedentlich hingewiesen. In meinem gestrigen Eintretensreferat habe ich ausgeführt, dass die Konjunktur wohl den Zenit erreicht hat. Damit wäre mit weniger stark ansteigenden Steuererträgen oder gar einer Stagnation der Steuererträge zu rechnen. Die höhere Unsicherheit über die weitere konjunkturelle Entwicklung wie auch die Unsicherheit über die Auswirkungen der Hypothekarkrise in den USA erschweren die Finanzplanung und erhöhen das Risiko, dass wegen ausbleibenden Steuererträgen grössere Defizite eintreten. Zudem sind die Kosten der Massnahmen zur Erreichung der Legislaturziele noch nicht vollständig in die Finanzplanung eingeflossen. Pauschale Steuerfussenkungen nach dem Giesskannenprinzip sind zur Verbesserung der Zürcher Position im Steuerwettbewerb nicht zweckmässig. Selbstverständlich weiss ich – das ist auch die Haltung der Regierung –, dass der Steuerwettbewerb nicht allein zur Standortposition Zürichs gehört. Die anderen Elemente sind in höheren Beträgen in der Investitionsrechnung zu suchen. Wir tun alles, um die Position Zürichs zu erhalten und zu stärken.

Entlastungen sollen dort vorgenommen werden, wo das Ertragspotenzial des Kantons wegen des Steuerwettbewerbs gefährdet ist. Pauschale Steuerfussenkungen aber senken den Spielraum für gezielte Steuerentlastungen oder verhindern sie ganz.

Der Regierungsrat bleibt bei seinem Antrag, den Steuerfuss für die Jahre 2008 und 2009 auf 100 Prozent der einfachen Staatssteuer zu belassen. Ich beantrage Ihnen, den Minderheitsantrag abzulehnen.

Ratspräsidentin Ursula Moor: Das Wort wird weiter nicht mehr verlangt. Nun erteile ich das Wort den Fraktionsvorsitzenden für ein Schlussvotum, der so genannten Elefantenrunde. Ich räume Ihnen dafür eine Redezeit von maximal zehn Minuten ein.

Alfred Heer (SVP, Zürich): Ich weiss zwar nicht, ob wir die Schlussrunde schon halten können, weil wir nicht wissen, ob wir mit unserem Steuerfussantrag durchkommen oder nicht.

Nach dem Votum von Robert Marty bin ich etwas irritiert, weil Robert Marty eigentlich die besten Beweggründe geliefert hat, warum man den Steuerfuss senken soll. Aber offensichtlich wird die FDP nicht mitziehen.

Wir zelebrieren bekanntlich jedes Jahr dieses Budgetritual. Dieses Jahr können wir wenigstens behaupten, mit einer effizienten Beratung Sitzungsgelder für den Steuerzahler eingespart zu haben. Wenigstens in diesem Bereich haben wir über die Parteigrenzen hinweg tatsächlich Kosten gesenkt.

Die SVP wird nach gewalteter Debatte und der voraussichtlichen Ablehnung unseres Antrags bezüglich Senkung des Steuerfusses, welchen Sie ablehnen werden, dem Budget nicht zustimmen können.

Martin Arnold hat Ihnen anlässlich der Eintretensdebatte die Gründe dargelegt, welche es brauchen würde, damit wir diesem Budget zustimmen könnten. Die SVP-Fraktion ist über die Entwicklung des Aufwands des Kantons eigentlich schockiert. Bereits in den vergangenen Jahren hat der Aufwand überdurchschnittlich zugenommen. Die so genannten Kostensenkungs-Massnahmen oder die Beseitigung des strukturellen Defizits, welches jetzt soeben auch von Regierungsrätin Ursula Gut angesprochen worden ist, werden zwar gerne und häufig angekündigt, aber nie durchgeführt. In diesem Trott scheint es nun weiterzugehen. Es ist immer noch kein Konzept erkennbar, welches Antwort auf folgende Fragen geben würde: Wie können die gleichen Leistungen zu tieferen Kosten angeboten werden? Welche Leistungen

braucht es? Wenn es diese Leistungen braucht, können diese in gleicher Qualität günstiger erbracht werden? Diese Hauptfragen, wie der Aufwand und das strukturelle Defizit nachhaltig reduziert werden können, werden nicht beantwortet. Im Gegenteil, der Aufwand steigt weiterhin an. Das Viererticket, da hat Raphael Golta durchaus Recht, ist mit dem Versprechen in den Wahlkampf gestiegen, die Finanzen zu sanieren. Dazu zählt der Schuldenabbau, und dazu zählt auch die steuerliche Entlastung. Das Budget weist jetzt bekanntlich rote Zahlen auf. Es handelt sich also um ein Budget, welches die Verschuldung ansteigen lässt.

Einnahmenseitig ist seitens des Regierungsrates leider auch nicht viel mehr vorhanden als eine Ankündigung, eine Steuerstrategie vorzulegen, sofern – das ist wichtig – diese finanzierbar sei. Wir befürchten jedoch, dass es sich bei einer solchen Ankündigung um das gleiche Vorgehen wie bei den übrigen Ankündigungen handelt, wie man den Haushalt kostenseitig sanieren will. Mit anderen Worten: nur toter Buchstabe. Wir lassen uns aber gerne im Frühjahr 2008 vom Gegenteil überzeugen. Aber wir glauben nicht, dass dieser Fall eintreten wird.

Es ist auch eine schwache Ausrede, wenn für die Einnahmen stets die Wirtschaftslage angeführt wird. Es ist klar, dass diese einen Einfluss auf die Steuereinnahmen hat. Aber es war so, und scheint weiter so zu laufen, dass man die Ausgaben den Einnahmen anpasst. Dies ist eine Hochrisikostategie des Regierungsrates und des Parlaments. Wie wir im Fall der UBS sehen – Regierungsrätin Ursula Gut hat auch den Fall UBS zitiert –, ist die Regierung völlig von einzelnen Faktoren abhängig, ob ein Budget ausgeglichen sein wird oder nicht. Einmal war es der einmalige Golderlös, welcher die Regierung vor dem Ertrinken gerettet hat, dann waren es die boomende Börse und die boomende Wirtschaft. Statt aber daran zu denken, die Kosten zu senken und das strukturelle Defizit zu beseitigen, hat man in den vergangenen Jahren ganz einfach die Ausgaben den Einnahmen angepasst. Diese Taktik wird sich in den kommenden Jahren bitter rächen. Den Handlungsspielraum, welchen der Regierungsrat durch die rekordhohen Einnahmen erhalten hat – unter anderem auch durch den Golderlös –, hat er leider nicht zu nutzen gewusst. Dazu zählt leider auch das Parlament.

Wir sind heute davon abhängig, was in den Chefetagen der UBS, der CS und der ZKB läuft. Es gibt deshalb nur einen Weg, um uns aus dieser Abhängigkeit zu befreien. Es kann nicht sein, dass wir als Politiker und Sie als Regierungsmitglieder in die Chefetagen telefonieren

müssen, damit wir unser Budget hier gestalten können. Dann sind wir eigentlich überflüssig. Dann könnten wir uns eigentlich abdelegieren und unter das Kommando von Marcel Ospel begeben, was sicherlich nicht unbedingt förderlich wäre.

Weiteres Steuersubstrat muss gewonnen werden! Dies muss das oberste Ziel sein für den Kanton Zürich. Deshalb hätte er auch eine Steuerfussenkung von 5 Prozent, welche durchaus moderat ist, verkraftet. Eine 5-prozentige Steuerfussenkung würde auch bedeuten, dass erstens alle profitieren. Es ist also nicht nur unsere Wählerklientel, wie uns das von der SP vorgeworfen worden ist. Ich nehme an, auch Ihre Wählerinnen und Wähler bezahlen Steuern. Wenn man die Steuern um 5 Prozent senken würde, dann profitieren alle, auch SP-Wähler, auch Wähler der Grünen, Wähler der CVP und Wähler der FDP. Beim Spitzensteuersatz von 13 Prozent, welcher ein Steckenpferd vor allem der freisinnigen Partei ist und auch unserer Meinung nach abgeschafft gehört, hätte eine 5-prozentige Steuerfussenkung nun eben zur Folge, dass dieser effektiv nur noch 12,35 Prozent betragen würde.

Das Allerwichtigste und die wichtigste Aufgabe sind aber, dass die Kosten gesenkt werden müssen und dass man endlich aufhört in diesem Kanton, die Einnahmen den Ausgaben anzupassen, was leider jedes Jahr geschieht und was auch mit diesem Budget geschieht und was auch in der Fortschreibung des KEF passiert. Es ist leider eine traurige Tatsache, aber ich glaube, heute hat die Politik eine Kapitulationserklärung abgegeben.

Ich möchte nur noch kurz auf die Krise bei der UBS zurückkommen. Auch hier hatten wir einige Meinungsdivergenzen in diesem Saal bezüglich der Rechtsform. Sie mögen sich erinnern, dass beim «ZKB-Skandalchen» – die ZKB ist immerhin ein stabiler Garant für den Kanton Zürich, was die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit betrifft – gefordert wurde, dass man die ZKB in eine Aktiengesellschaft umwandelt, weil dann die Kontrollen besser seien. Wenn Sie jetzt die UBS betrachten, liebe FDP, dann muss ich Sie fragen, was jetzt die AG dort gebracht hat. Dieser Frage müssen Sie sich durchaus stellen. Es gibt tatsächlich einen Unterschied zwischen UBS und ZKB. Ein Unterschied ist, dass die UBS eine AG ist und die ZKB nach wie vor öffentlich-rechtlich. Der zweite Unterschied ist, dass die ZKB eine

Staatsgarantie hat und die UBS nicht. Der dritte Unterschied ist, dass die UBS jetzt tatsächlich eine Staatsgarantie erhalten hat, aber nicht vom Kanton Zürich, sondern von Singapur.

In diesem Sinn bitte ich Sie, das Budget abzulehnen.

Ruedi Lais (SP, Wallisellen): Die finanzielle Lage des Kantons Zürich ist ungemütlich. Wir alle wissen es. Der Kanton Zürich verdankt das immer noch gute Rating nicht der Weisheit der verflossenen Parlamentsmehrheit von rechts, sondern dem grössten Goldraub der Geschichte, der auch als Ausschüttung der Nationalbank bekannt ist. In diesem Punkt trifft sich unsere Beurteilung übrigens mit derjenigen der SVP. Nur mit diesem politisch ziemlich dummen Berner Goldgeschenk kann der Kanton Zürich weitere Jahre sein strukturelles Defizit überdecken. Das Wahljahr 2007 mit den Steuergeschenken der verflossenen rechten Mehrheit war für unseren Kanton ein teures Vergnügen, denn zu solch zweifelhaften Wahlgeschenken gehört auch immer, die schmerzhafteste Seite der Ideologie zu verschweigen, die dahinter steht. Steuern und Abgaben runter, das tönt gut. Aber zu diesem Programm würde auch gehören, Dienstleistungen in einem Mass zu reduzieren, wie es kaum jemand im Kanton will. 900 Millionen Franken Steuersenkungen pro Jahr waren einfach zu viel. Die rechte Seite weiss das auch. Wäre man vernünftig geblieben und hätte nur jenen Teil an Steuersenkungen gemacht, der die produktiven Kräfte der Wirtschaft gestärkt hätte, also diejenigen aus den Unternehmensgewinnen und auf den Arbeitnehmereinkommen, so wäre die Verschuldung längst abgebaut und der Kanton ginge wie auch die Stadt und viele Gemeinden mit genügend Reserven in die nächste Phase Konjunkturabschwächung hinein. Es wäre sogar noch ein grosser Spielraum geblieben, um soziale Anliegen, Bildungs- und Umwelthanliegen zu unterstützen. Der Steuerfuss hätte trotzdem nie erhöht werden müssen. Aber statt den produktiven Einkommen werden laufend Erben, Bodenspekulanten, Eigentümer von Liegenschaften und Wertpapieren entlastet, also die arbeitslosen Einkommen. Wenn es wahr ist, dass das strukturelle Defizit dann sichtbar wird, wenn bei Volllastung der produktiven Kräfte immer noch rote Zahlen geschrieben werden, so dürfte dieses zwischen einer viertel und einer halben Milliarde Franken liegen. Der neue Regierungsrat hat seine überaus optimistische Sicht der Dinge im KEF vorgelegt. Trotz grossem Konjunkturoptimismus ist die Sicht letztlich düster. Die Konsequenzen daraus fehlen aber im KEF. Zürich ist selbst in einem Hochkonjunkturjahr nicht in

der Lage, seine Investitionen zu finanzieren. Zürich verspricht seinen Angestellten nach einem einzigen erfreulichen Jahr bereits wieder jahrelange, dem Gesetz widersprechende Reallohneinbussen. Der Kanton hat also noch keine Strategie, wie das strukturelle Defizit beseitigt werden kann.

Neben dem Defizit im Finanzplan hat Zürich aber noch ganz andere strukturelle Defizite. Es hat eines bei der gerechten Verteilung des Wohlstands. Einmal mehr ist daran zu erinnern. Nicht nur Schulden im Finanzplan sind Schulden unseres Staatswesens. Die Armut und deren Folgen für Bildung und Gesundheit sind auch Schulden. Das Zubetonieren und Zersiedeln unserer Landschaft und die Verschleuderung von natürlichen Ressourcen vergrössern unsere Schuld bei zukünftigen Generationen. Die Probleme, die sich aus mangelhafter Integration von Immigranten ergeben haben, sind ebenfalls Schulden, die wir späteren Generationen aufbürden. Die gesellschaftlichen Reparaturkosten für all diese Schulden finden Sie auf fast jeder Seite des KEF wieder.

Gestern wurde von Lucius Dürr der SP attestiert, von den ewigen «Jeremiaden» weggekommen zu sein. Wir verabschieden den guten Jeremias gerne. Am gleichen gestrigen Tag stand aber neben Jeremias Hiob vor der Tür. Er berichtete uns von abenteuerlichen Geschäften einer grossen, ehemals schweizerischen Bank. Die Abenteuer scheinen den Kanton einige Steuerprozent zu kosten. Näheres kann vielleicht die Finanzdirektorin dazu sagen.

Unter solchen Umständen gleicht der Steuerfussentscheid einer Routenwahl im Nacht-OL (*Orientierungslauf*), wenn es soeben das «Birli» der Stirnlampe geputzt hat. Wenn wir Jeremias, die UBS und Hiob mal beiseite lassen und uns mit Adam Riese behelfen, so käme der Kanton um eine Steuererhöhung eigentlich nicht herum. Der Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen hat sich nun aber dramatisch verschärft. Jedes Augenmass und jede Zurückhaltung wurden aufgegeben. Jeder Kanton glaubt, zehn Kantone könnten zur Spitzengruppe gehören – selbstverständlich der jeweilige Kanton – und alle anderen würden mindestens im Mittelfeld liegen. Das kann mathematisch nicht aufgehen.

Lassen Sie mich deshalb einmal mehr festhalten: Viele Auswüchse dieses Steuerwettbewerbs sind verfassungswidrig und belasten das Zusammenleben in einem föderalen Staat wie der Schweiz enorm. Wer Zürich empfiehlt, die Finanzpolitik von Nidwalden, Schwyz oder Appenzell-Innerrhoden zu kopieren, von Minikantonen also, dem sind

Zürich und seine Einwohnerinnen eigentlich egal. Aus Zürcher Sicht ist es deshalb wichtig, dass die Steuersätze gesamtschweizerisch in einem gewissen Mass angeglichen werden.

Das Budget 2008 widerspiegelt acht Jahre Mehrheit von SVP und FDP in diesem Rat. In dieser Zeit haben sich die beiden Parteien trotz numerischer Mehrheit in Regierung und Parlament als unfähig erwiesen, die Staatsfinanzen auf ein solides Fundament zu stellen. Sie haben sich vor der unangenehmen Entscheidung gedrückt, der Wählerschaft entweder ein hartes Abbau- und Sparprogramm zuzumuten oder auf unbezahlbare Wahlversprechen in Form von Steuergeschenken zu verzichten. Auf diese Weise wird «vier» nie gewinnen. In diesen acht Jahren, unterdessen kann ich schreiben neun, stimmten SVP und FDP gerade mal zweimal gemeinsam den Vorschlägen der bürgerlichen Regierung zu. Sechsmal, unterdessen siebenmal stimmte die SVP Nein und übertraf damit sogar die Grünen, welche 1999 bis 2006 keinen einzigen Voranschlag angenommen haben. Dieses Abstimmungsverhalten war interessanterweise, das wird im Ausland vor allem Erstaunen erregen, völlig unabhängig davon, ob die jeweiligen Parteien in der Regierung richtig, zu wenig oder überhaupt nicht vertreten waren. Das ist für eine parlamentarische Demokratie doch sehr erstaunlich. Deshalb die Frage: Was sind wir anderen eigentlich, die dafür sorgen, dass der Kanton Zürich verlässliche Vorgaben und Kredite in Form eines genehmigten Voranschlags erhält? Sind wir eigentlich blöd? Sind wir mutlos, weil wir finden, auch der Staat müsse ein guter Arbeitgeber sein? Einer, der gute Dienstleistungen anbietet und sein Personal gerecht und anständig behandelt, der den Stufenanstieg wie im Gesetz vorgesehen, gewöhnlich gewährt. Sind wir Träumer, weil wir nebst dem permanenten Wahlkampf nicht vergessen, dass unser staatliches Handeln über den nächsten Wahlgang hinaus nachhaltig sein muss? Wir meinen Nein.

Unser Fazit haben Sie von unseren finanzpolitischen Sprecherinnen schon gehört. Dieser Voranschlag und der Steuerfussantrag sind nicht nachhaltig und entsprechen deshalb nicht der SP-Finanzpolitik. Finanzpolitik wird aber bekanntlich weder mit dem Budget noch mit dem Steuerfuss gemacht. Die SP-Fraktion stimmt deshalb dem Voranschlag 2008 und dem Steuerfuss von 100 Prozent ohne Begeisterung zu.

Beat Walti (FDP, Zollikon): Die Finanzlage des Kantons Zürich präsentiert sich heute zwar positiver als noch vor Jahresfrist, sie ist jedoch nach wie vor angespannt, um nicht zu sagen, unerfreulich. Die ausserordentlich positive Konjunktur hat viele doch sehr düstere Prognosen der Vergangenheit ein wenig aufgehellt, vor allem weil die Erträge reichlicher geflossen sind, als dies erwartet wurde. Nichtsdestotrotz müssen wir festhalten, dass der kantonale Haushalt nach wie vor von einem strukturellen Defizit geprägt wird, welches sich in der Gegend von 300 Millionen Franken pro Jahr bewegt. Darin besteht offensichtlich Einigkeit in diesem Saal.

Die verschiedenen Sanierungsprogramme der letzten Jahre haben zwar dazu geführt, dass der Anstieg des Aufwands in der Staatsrechnung einigermaßen unter Kontrolle gebracht wurde, allerdings auf einem nach wie vor zu hohen Niveau. Vor allem im Bereich der so genannten Querschnittsmassnahmen, welche auch gewachsene Strukturen hinterfragen, und Kostensenkungspotenziale directionsübergreifend realisieren sollten, haben wir noch wenig bis gar nichts gesehen. Es ist nahe liegend, dass gerade in diesem Bereich aber noch viel Potenzial schlummert, welches ohne Leistungseinbusse für die Menschen im Kanton Zürich realisiert werden kann. Da stimmt es mich betrüblich, wenn ich, um nur ein Beispiel herauszugreifen, im KEF lesen muss, dass die Ambitionen für Verbesserungen aus Massnahmen im Beschaffungswesen, also zentraler Einkauf, aus dem MH06 erneut um 19 Millionen Franken reduziert wurden. Schade! Andererseits zeigt der Umstand, dass mit dem ominösen still und heimlich aufgesetzten und offenbar bereits teilweise realisierten Entlastungsprogramm E08 125 Millionen Franken jährlich locker und ohne grosses Aufsehen eingespart werden können. Da ist offenbar immer noch Luft im System. Diese Luft muss abgelassen werden. Es muss auch eine Kultur der permanenten Leistungsüberprüfung entwickelt werden.

Die FDP hat bereits vor zwei Jahren gefordert, dass bei der nachhaltigen Sanierung des Staatshaushalts nebst den selbstverständlichen Massnahmen auf der Aufwandseite auch der Pflege der Ertragsseite Beachtung zu schenken ist. Wir haben seither konsequent und wiederholt gefordert, dass der Kanton Zürich endlich eine Steuerstrategie entwickeln muss, welche diesen Namen verdient. Dies setzt voraus, dass wir uns emotionslos klar machen, welche Gruppen von Steuerzahlenden welche Anteile an die Steuererträge leisten, private wie Unternehmen und dass wir gezielt die notwendigen Massnahmen definieren und umsetzen, welche nötig sind, um dem Kanton Zürich das

Steuersubstrat zu erhalten und zu stärken. Auf keinen Fall wird die nachhaltige Sanierung gelingen, wenn wir Hauruck-Übungen veranstalten. Ganz im Gegenteil sind Kontinuität, Berechenbarkeit und Solidität der kantonalen Finanzpolitik ganz wesentliche Standortfaktoren, denen wir Sorge tragen müssen.

All diesen Anforderungen werden KEF und Voranschlag, die wir hier beraten haben, noch nicht genügend gerecht. Wenn wir den KEF trotzdem im zustimmenden Sinne zur Kenntnis nehmen und auch dem Voranschlag zustimmen werden, so hat das vor allem damit zu tun, dass sich die politische Ausgangslage im Vergleich zum Jahr 2005 fundamental anders präsentiert. Damals wurde mit einem runden Tisch versucht, den löchrigen Kessel mit Heftpflaster zu flicken. Eine Perspektive für die finanzielle Gesundung des Haushalts fehlte aber nahezu vollständig. Heute haben wir demgegenüber eine bürgerliche Mehrheit im Regierungsrat. Es wurde verschiedentlich erwähnt. Sie hat bereits in ihrer kurzen Wirkungszeit bewiesen, dass sie fähig und willens ist, die Herausforderungen anzupacken. Es fehlt mir wirklich das Verständnis, wenn das von einem wesentlichen Ticket-Partner hier bereits wieder in Frage gestellt wird.

Die Finanzdirektorin und der Regierungsrat haben mit der raschen Abwicklung der Dividendenbesteuerungs-Revision einen neuen Massstab punkto Tempos gesetzt. Wir haben deshalb keinen Grund, an der raschen Vorlage und Umsetzung auch des ersten Massnahmenpakets zur Steuerstrategie zu zweifeln. Die Aussicht auf dieses Massnahmenpaket ist auch der Grund, weshalb sich die Freisinnigen entschieden gegen die vorliegende Steuerfussenkung der SVP aussprechen. Dies hat nichts damit zu tun, dass wir nicht der Meinung wären, die steuerzahlenden Unternehmen und Privaten im Kanton Zürich seien substanzuell zu entlasten, ganz im Gegenteil. Entlastung tut an verschiedenen Stellen dringend Not, wenn der Kanton Zürich seine steuerliche Wettbewerbsfähigkeit nicht verlieren und gegenüber Nachbarkantonen und auch international weiter ins Hintertreffen geraten will. Wie eine Steuerstrategie funktioniert, haben uns in den vergangenen Monaten und Jahren alle umliegenden Kantone vorgemacht. Aargau, Schaffhausen, Thurgau, aber auch Zug, Obwalden und Luzern haben ausnahmslos aktiv an der Verbesserung ihrer steuerlichen Wettbewerbsfähigkeit gearbeitet und dies über gezielte Eingriffe bei den Steuertarifen realisiert. Diese Kantone haben offenbar begriffen, dass es keine Giesskannenbeiträge braucht, wie sie beispielsweise durch simple Steuerfussenkungsanträge bewirkt werden, sondern dass der

Handlungsspielraum voll und ganz dort genutzt werden muss, wo die wettbewerblichen Nachteile besonders gross sind. Die SVP hat dies offensichtlich nicht verstanden oder will es nicht verstehen. Anders kann ich ihre phantasielose Fixierung auf den Steuerfuss nicht interpretieren. Die SVP stellt mit ihrem Steuerfussenkungsantrag über 200 Millionen Franken Steuererträge jährlich zur Disposition. Meiner Meinung nach bewegt sich diese Zahl eher am unteren Rande dessen, was ich an Entlastungsmassnahmen im Rahmen der Steuerstrategie für notwendig erachte. Wir wollen aber möglichst viel Wirkung im Ziel, und halten deshalb vorderhand am aktuellen Steuerfuss fest, um im Frühling nächsten Jahrs einem kraftvollen Entlastungspaket zum Durchbruch zu verhelfen. Dieses sollte, wir haben das auch schon angetönt, auch schon 2009 greifen.

Kurz fassen kann ich mich zu den linken und grünen Positionen, welche wir gehört haben. Auch in der diesjährigen Budgetdebatte haben sie nur Bekanntes zum Besten gegeben. Diese Positionen sind unverändert phantasielos. Sie handeln offensichtlich unbeeindruckt von Realitäten nach dem Motto, dass gut sein muss, was teuer ist. Sie weigern sich auch, nach wie vor Wirkungszusammenhänge und die Entwicklung absoluter Zahlen zur Kenntnis zu nehmen. Anders kann ich Ihre Voten nicht verstehen. Insbesondere die Bemerkungen vom Bankrott der bürgerlichen Finanzpolitik und vom Totsparen sind wirklich durch objektive Zahlen widerlegbar. Es ist auch nicht so, dass wir Leistungen in substanziellem Umfang abgebaut hätten. Es kommen im Gegenteil immer neue Leistungen dazu.

Ich würde mir hingegen wünschen, dass Sie mit Blick auf die Steuerstrategie, die für den Kanton Zürich wirklich wichtig ist, irgendwann den Weg aus dem ideologischen Schützengraben herausfinden oder in den Worten von Ruedi Lais, vielleicht Ihr «Birli» beim Nacht-OL wieder wechseln und endlich zur Kenntnis nehmen, dass der steuerpolitische Masochismus auch bei Ihrem eigenen Publikum begrenzt ist. Bieten auch Sie Hand zu Massnahmen, welche die Standortattraktivität des Kantons Zürich und damit das Steuersubstrat stärken, damit auch in Zukunft genügend Mittel vorhanden sind, um unsere vielen, nichtsteuerlichen Standortfaktoren von der Kultur, über die Bildung bis zur Sicherheit zu erhalten, zu stärken und vor allem zu finanzieren. Ich lege Wert darauf, dass das so im Protokoll steht. Ich brauche es sicher wieder als Zitat.

In diesem Sinn sind das vorliegende Budget und der KEF 2008 bis 2011 für die Freisinnigen einmal mehr, ich muss es leider sagen, eine Planungsgrundlage des Übergangs, welche wir ohne grosse Begeisterung, dafür mit um so grösserer Erwartung an die zukünftige Entwicklung zur Kenntnis nehmen.

Esther Guyer (Grüne, Zürich): Dieses Budget spektakulär zu nennen, wäre die Übertreibung des Jahres. Dafür war die Debatte kurz; das ist immerhin schon etwas. Die Finanzdirektorin hat ein Gesamtpaket vorgelegt, das alle auf einem gefälligen Niveau zufrieden stellt. Die äusserst günstige konjunkturelle Entwicklung beschert ihr dank teilweise unerwartet guten Steuererträgen einen guten und relativ einfachen Start. Das gönnen wir ihr. Wir werden ihr das Leben nicht unnötig erschweren und stimmen dem Budget zu und nehmen den KEF zur Kenntnis.

Betrachtet man das Ganze etwas näher, so gibt es aber keinen Grund zum Feiern. Nach wie vor bleibt uns ein strukturelles Defizit erhalten. Der durch die Golderträge künftig geschönte Finanzhaushalt des Kantons weist weder Stabilität noch Nachhaltigkeit auf. In zwei Jahren ist die Wirkung des Golds verpufft. Der mittelfristige Ausgleich kann dann, selbst wenn die konjunkturelle Entwicklung durch eine rosa Brille betrachtet wird, und die Steuererträge einmal mehr allzu optimistisch prognostiziert werden, nicht mehr eingehalten werden. Nach Meinung der bürgerlichen «Wirtschaftseinflüsterer» aus dem Umfeld der «economiesuisse» ist der Höhepunkt des Konjunkturzyklus bereits überschritten. Sie rechnen mit einer nachlassenden Dynamik – also kein Frohlocken wie Beat Walti vorhin – und einem niedrigeren Wachstum des Bruttoinlandprodukts. Die Regierung aber rechnet immer noch mit einer stabilen Konjunktur und mit über die ganze Planperiode wachsenden Steuererträgen. Das sehen die Grünen mit einiger Skepsis. Sollten die Prognosen falsch sein, was kann das dann für den Kanton bedeuten? Bereits jetzt schreiben wir wieder leicht rote Zahlen. Die Regierung stellt uns im KEF 2009 bis 2011 eine umfassende Finanzstrategie in Aussicht. Bei steigenden Steuererträgen soll eine sinkende Steuerbelastung angestrebt werden, immer natürlich mit dem Fokus auf die interkantonale und die internationale Konkurrenzfähigkeit des Standorts Zürich, die aus bürgerlicher Optik nur mit einem tiefen Steuerfuss zu erreichen ist. Sollten die optimistischen Ziele der Regierung nicht erreicht werden, erwarten wir mit der angekündigten Finanzstrategie eine Diskussionsgrundlage mit Varianten und ohne

Scheuklappen in Bezug auf eine eventuell nötige Erhöhung des Steuerfusses zur Sicherung der staatlichen Leistungen und damit der Attraktivität des Wohn- und Arbeitsplatzes Zürich. Wir sind dann neugierig, wie lange die Regierungstreue der FDP anhält.

Seltsame Ruhe herrscht um das ominöse Entlastungsprogramm 08. Wenn nicht irgendwann eine unliebsame Überraschung zutage gefördert wird, könnte fast der Eindruck entstehen, die Regierung lasse damit nur die insbesondere von der SVP immer wieder erwähnte Luft in den Budgets der Verwaltung ab. Wir erwarten Transparenz. Wir erwarten eine nachvollziehbare Begründung und Berichterstattung in Bezug auf die getroffenen so genannten Entlastungsmassnahmen.

Die SVP vergisst auch dieses Jahr ihr Steuersenkungs-Mantra nicht. Neu ist aber, dass dieses Mal auch die FDP «rüsselt» und dagegen Stellung nimmt. Das belebt die Szene schon ein bisschen. Obwohl die Aussichten alles andere als rosig sind, wird wieder eine Steuersenkung und damit ein Abbau staatlicher Leistungen verlangt. Wie das gemeint ist, hat uns die SVP dieses Jahr ausführlich demonstriert. Sie zwingt die Regierung mit den Steuersenkungen zu Kürzungen. Kaum sind diese erfolgt, rennt sie wie bei der «Husi» und der «Handsgi» auf die Strasse, sammelt Unterschriften und stimmt dann im Parlament für die Aufhebung der eben erst erzwungenen Sanierungsmassnahmen. So macht man es, wenn man die Ausgaben den Einnahmen anpasst. Das ist vorbildlich und vor allem glaubwürdig! Das ist Populismus pur und an Dreistigkeit kaum zu überbieten. Sie, liebe SVP, haben sich längst aus einer seriösen und verantwortungsvollen Finanzpolitik verabschiedet. Man soll Sie deshalb einfach in Ruhe weiterrufen lassen. Irgendwann merken auch Ihre Wähler, dass die Partei ausschliesslich Politik für eine kleine Schicht von Wohlhabenden und bestimmt nicht für Normalverdienende macht.

Die Anträge der Grünen im Bereich der nachhaltigen Entwicklung unseres Kantons wurden, wie leider zu erwarten gewesen ist, wiederum abgeschmettert. Ausser in der Stadt Zürich verzichtet man auf eine Verbesserung im Hochwasserschutz nach dem Motto: Lieber warten, bis etwas passiert, und hinterher jammern und Mehrkosten in Kauf nehmen. Man verzichtet auf die konsequente energetische Sanierung kantonaler Hochbauten. Man hat wohl immer noch nicht gemerkt, dass damit mittelfristig Geld gespart werden kann.

Wir müssen trotz der Diskussion um die globale Klimaerwärmung zur Kenntnis nehmen, dass die bürgerliche Mehrheit bis hinein in die politische Mitte die Zeichen der Zeit immer noch nicht erkannt hat und

jeglichen Fortschritt im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung aus rein ideologischen Gründen sofort abbremst. Tragischerweise erkennen Sie nicht einmal, dass selbst die Wirtschaft längst erkannt hat, dass die Entwicklung ökologischer Technologien einen Wachstumsmarkt darstellt. Nein, lieber nichts tun, den Kopf in den Sand stecken und die Entwicklung eines zukunftssträchtigen Markts verpassen. Man könnte fast meinen, dass langfristiges Denken verboten wäre. Dabei ist uns klar, der Staat kann nicht alles richten. Aber es wäre Aufgabe der Politik, die entsprechenden Rahmenbedingungen festzulegen und die richtigen Anreize zu setzen. Es genügt nicht, dass unser Innovationspotenzial nur in Gesellschaft und Wirtschaft sowie an den Hochschulen vorhanden ist. Dringend notwendig wäre ein solches Potenzial auch bei der Mehrheit des Regierungs- und Kantonsrates, denn gerade Zürich als starker Bildungs- und Forschungsstandort könnte hier eine gute Vorreiterrolle spielen. Wir würden alle davon profitieren.

Wir stimmen dem Budget zu. Das tun wir nicht zum ersten Mal und auch nicht zum letzten Mal, wie Ruedi Lais das immer meint. Wir nehmen den KEF zur Kenntnis. Betreffend Steuerfuss schliessen wir uns der Mehrheit der Finanzkommission an.

Lucius Dürri (CVP, Zürich): Auch wenn zwei meiner Vorredner sich künstlich erregt haben und einer sogar in einen Schockzustand gefallen ist, bleibe ich bei meinem Votum. Dieses Budget ist so unspektakulär wie in den letzten 15 Jahren nicht mehr. Mir fehlt die Motivation, jetzt noch ein elefantöses Schlussvotum zu halten. Ich stelle im Namen der CVP nüchtern fest, dass drei entscheidende Ziele erreicht worden sind. Wir haben ein Budget, das sehr wohl akzeptabel ist, aber sicher nicht zur Euphorie Anlass gibt. Zweitens haben wir einen stabilen Steuerfuss – auch nicht zu verachten. Drittens haben wir Lohnbedingungen der Angestellten des Kantons Zürich, die wieder etwas konkurrenzfähiger sind als auch schon – immerhin nicht allzu schlecht. Natürlich besteht nun kein Anlass, euphorisch zu werden und zu glauben, alles sei damit erledigt. Es wurde vielfach schon erwähnt. Es sind Hausaufgaben zu erledigen, die auch die Regierung längstens erkannt hat, nämlich erstens die viel zitierte Steuerstrategie nun tatsächlich dem Rat vorzulegen. Ich zweifle nicht daran, dass die Finanzdirektorin das wirklich in nächster Zeit tun wird. Dann sehen wir, wo die Perspektiven sind. Zweitens, das haben wir auch gesagt, bei den Standards im Bereich Bau, Unterhalt noch einmal über die Bücher zu gehen. Dort, sind wir der Meinung, liegt noch etwas drin,

ohne dass es weh tut und trotzdem eine seriöse Qualität gewährleistet ist. Drittens, das ist ganz entscheidend, bleiben wir dabei, den Standort Zürich nach wie vor zu fördern. Die heutigen Einnahmen sind nicht auf ewige Zukunft gesichert. Es kann wieder eine Rezession kommen. Es ist deshalb notwendig, Standortförderung nachhaltig zu betreiben. Ich erinnere daran, dass die Banken und Versicherungen daran sind, mit dem Masterplan Finanzplatz Schweiz zu schauen, dass in den nächsten Jahren weitere x-tausend Arbeitsplätze geschaffen werden, insbesondere hier in der Stadt und im Kanton Zürich. Das bedarf gewisser Anstrengungen seitens des Kantons und der Politik. Es wäre aber wichtig, auch in anderen Bereichen weiterhin ein nachhaltiges Wachstum zu fördern. Dann können wir auch diese Steuerdebatten etwas ruhiger und entspannter nehmen.

Deshalb wird die CVP aufgrund dieser Überlegungen dem Budget zustimmen und den Steuerfuss so belassen, wie er ist.

Peter Reinhard (EVP, Kloten): Grundsätzlich kann die EVP-Fraktion zum Ausdruck bringen, dass wir mit dem Gesamtergebnis nicht zufrieden sind, aber dass es zufrieden stellend ausgefallen ist. Wir bedauern, dass die Arbeitsmarktintegration nicht angenommen wurde. Allerdings haben bei uns auch Leute gefehlt, um das Quorum zu erreichen. Der labile Staatshaushalt ist gegeben und ist in allen Fraktionen unbestritten. Wir weisen darauf hin, dass in den vergangenen Jahren gespart wurde, dass die Effizienz erhöht wurde und wir bereit sind, über Normen und anderes zu diskutieren. Wir meinen, dass diejenigen, die Steuern senken wollen, bis jetzt nie aufgezeigt haben, wo sie denn das tun möchten. Wir müssen auch darauf hinweisen, dass der Kanton neue Aufgaben übernommen hat. Wenn wir von der Stadt Zürich zum Beispiel über 100 Polizisten übernehmen, dann führt das zu Mehrausgaben, die Sie so gewollt haben. Da können Sie nicht erwarten, dass die Ausgaben in sich zusammenfallen, obwohl Sie Mehrausgaben beschliessen. Diejenigen, die Steuersenkungen gemacht und umgesetzt haben, sind mitschuldig, wenn wir hier einen labilen Staatshaushalt vorweisen. Beat Walti, die 800 Millionen Franken, die wir tatsächlich Steuern gesenkt haben, zeigen nicht, dass noch mehr Luft drin ist. Sie zeigen, dass die Luft draussen ist und dass wir hier, wenn die Wirtschaft nicht boomt, keinen Spielraum mehr haben, um einfach beliebig Steuern zu senken. Der Zuwachs von reichen Personen, wie er bei Steuersenkungen versprochen wurde, die hier kommen sollten, ist meines Wissens nicht eingetroffen. Sie werden selbstver-

ständig argumentieren, aber sie seien auch nicht weggezogen. Das ist tatsächlich so. Tatsache ist, es sind wegen der Steuern keine neuen Steuerzahler gekommen, die sehr reich wären.

Die EVP wird weiterhin die Ausgabenpolitik kritisch hinterfragen. Wir sind aber auch der Meinung, dass wir dort, wo es um Bildung und Zukunftsaufgaben geht, ein untaugliches Objekt haben, um Sparen durchzusetzen. Der Wettbewerb der Steuern, wie wir ihn zwischen den Kantonen kennen, muss unterbunden werden. Wir gehen davon aus, dass die Leistungen, die wir anbieten, auch von anderen Kantonen genutzt werden. Wir sollten unsere Interessenlagen denen gegenüber deutlicher zum Ausdruck bringen und uns auch wehren. Bei der Steuerfusspolitik gehen wir davon aus, dass wir einen unveränderten Steuerfuss unterstützen. Eine Senkung von 5 Prozent, wie es die SVP fordert, wären auf einen Steuerbetrag von 5000 Franken, der cash zu zahlen ist, 125 Franken. Also die Kleinen sind nicht diejenigen, die damit sehr viel belobigt oder etwas erhalten würden. Sie können dann selber ausrechnen, was es ausmachen würde, wenn Sie 500'000 Franken Steuern bezahlen. Das ist auch eine Frage der Steuergerechtigkeit. Jeder hat nach seinen möglichen Einnahmen auch Steueranteile zu zahlen. Eine Erhöhung des Steuerfusses in Zukunft kann man aber nicht ausschliessen.

Wir müssen unseren Staat als starken Staat erhalten. Das Personal hat in den vergangenen Jahren sehr mitgetragen, dass wir unseren Staatshaushalt einigermaßen im Lot halten konnten. Wenn wir jetzt mit der Teuerung für Stufenanstiege und Beförderungen 3,7 Prozent ausschütten, dann ist das zum grossen Teil eine Selbstverständlichkeit. Die Kaufkraftsicherung von 1,8 Prozent hilft letztlich auch der Wirtschaft, dass wieder Leute, die Zukunftsglauben haben, eben auch den Binnenmarkt ankurbeln. Die Personal- und Lohnrückstände beim Personal sind aber nach wie vor eine Tatsache. Die haben wir nicht vergessen. Wir sind auch der Meinung, dass die Forderungen der Personalverbände nach mehr Ferien prüfenswert sind. Ob es Ihnen passt oder nicht, immer wenn wir ein Problem haben bei den Finanzen, dann soll es das Personal richten. Immer dann, wenn wir es nicht haben, sind Sie der Meinung, wir müssten Steuern senken. Das können Sie aber auf die Länge nicht auf dem Buckel des Personals so austragen. Der Kanton Zürich war immer bekannt als ein guter Arbeitgeber. Dieses Image hat er verloren. Er ist es nicht mehr. Wir haben Mühe dort zu

rekrutieren, wo wir Personal dringend nötig hätten. Ich meine hier nicht einfach die Polizei. Ich meine auch die Bildung und die Gesundheitsvorsorge.

Die EVP-Fraktion wird dem Voranschlag zustimmen, nimmt den KEF zur Kenntnis und stimmt für einen 100-prozentigen Steuerfuss wie bisher.

Thomas Maier (GLP, Dübendorf): Gerne äussere ich mich im Namen der Grünliberalen in der Elefantenrunde. Auch hier freue ich mich nach zwei Jahren mit Sonderregelung, quasi offiziell anerkannt sprechen zu dürfen. Natürlich dürfte ich jetzt die Redezeit ohne schlechtes Gewissen maximal ausnutzen. In den vergangenen Jahren mit den umstrittenen Debatten von Budget und KEF hätte ich diese Zeit auch gerne voll ausgeschöpft. Dieses Jahr zeichnete sich allerdings schon vor Wochen ab, dass es wohl eine kurze Debatte geben wird.

Wir haben gestern in der Detailberatung das Budget 2008 bis auf wenige kleine Anpassungen genau so belassen, wie es von der Regierung vorgeschlagen wurde – in einzelnen Bereichen zum Wohlwollen der Grünliberalen, in anderen sehr zum Missfallen.

Wie sieht die Bilanz aus Sicht der Grünliberalen aus? Zuallererst möchte ich der Finanzdirektorin und ihrer Finanzverwaltung ein Lob aussprechen. Ich habe das Budget und den KEF in der vorliegenden Version wirklich das erste Mal lesbar empfunden. Die zuvor abgegebene Präsentation mit der Übersicht über die wichtigsten Kennzahlen hat mir immer wieder gute Dienste erwiesen. Auch die Antworten, Stellungnahmen und Ausführungen habe ich als weiterführend und fundiert wahrgenommen. Sehr positiv möchte ich auch die Möglichkeit vermerkt haben, im Internet, Google sei Dank, auf den gesamten KEF schnell und einfach zugreifen zu können. Ich hoffe, dies auch in Zukunft nutzen zu können.

Ganz unserem Leitspruch entsprechend gibt es auch ein etwas kritischeres Feedback an die Adresse des Kantons und des Regierungsrates, verbunden mit dringenden Wünschen für die Zukunft. Offenbar hat die Regierung es verstanden, das politische Umfeld korrekt einzuschätzen und in guten Zeiten mit vermeintlich rosigen Aussichten die möglichen Geschenke so zu verteilen, dass offenbar alle glücklich sind damit, fast alle jedenfalls. Ein grosser Teil sind sicher auch die zu

Recht erwähnten Vorschusslorbeeren für die neue Regierung. Gerne erinnere ich aber daran, dass auch auf diese Regierung härtere Zeiten zukommen werden.

Richtig überrascht hat uns in dieser Budgetdebatte das Verhalten der Regierung bezogen auf die ganze Lohnsituation im Kanton Zürich. Die Grünliberalen nehmen mit Erstaunen zur Kenntnis, dass der Regierungsrat noch nicht so offen nach aussen kommuniziert hat, dass er die dringend notwendige strukturelle Besoldungsrevision reaktiviert hat. Stattdessen wird mit einem hohen Anteil an Automatismen und an alten Mustern festgehalten. Es ist mir bewusst, dass dies einem gesetzlichen Auftrag entspricht. Ich beziehe mich einzig auf die beschlossenen Automatismen. Hier muss man gewisse Medienberichte von heute schon etwas korrigieren. Wenn man es genau nimmt, dann werden wir 3,3 Prozent automatisch verteilen und nur 0,4 Prozent leistungsbezogen. Dies macht summa summarum ein Plus von 3,7 Prozent. Die Grünliberalen hätten vom neuen Regierungsrat mit klar neuen Mehrheiten hier mehr Mut erwartet, veraltete Strukturen halt auch gegen gewisse gesetzliche Aufträge zumindest zu hinterfragen und kreativ nach neuen Möglichkeiten zu suchen. Vorschläge wären genug vorhanden. Davon sind wir überzeugt.

So, wie es jetzt gelaufen ist, dürfen wir mit nochmaligem Erstaunen festhalten, dass der Regierungsrat für das Personal die gleich gute Gewerkschaft ist, wie die Gewerkschaften selber. Der Kantonsrat hat hier voll mitgemacht. Gerne wiederhole ich, um wirklich klar zu stellen, noch einmal: Die Grünliberalen sind der Meinung, dass nun auch die Staatsangestellten von der besseren konjunkturellen und finanziellen Lage im Kanton Zürich profitieren sollen. Es geht einzig um die Art und Weise, wie das Geld verteilt werden soll.

Noch zu einem anderen Thema, bei dem Regierungsrätin Ursula Gut gestern sehr kreativ argumentiert hat. Regierungsrätin Ursula Gut, Sie ahnen es, es geht noch einmal um die Milliarden aus dem Golderlös. Sehr interessiert habe ich gestern Ihren Ausführungen zugehört. Sie ahnen auch, dass ich mit Ihrer Interpretation nicht ganz einverstanden bin. Wenn Sie argumentieren, das Geld aus dem Golderlös sei eben nicht in die Laufende Rechnung geflossen und diese hätte auch ohne Golderlös nicht so schlecht abgeschlossen wie budgetiert, sondern sei in Projekte investiert worden, die über die Investitionsrechnung laufen und so auch unseren zukünftigen Generationen zugute kämen, so mag das eine mögliche Sichtweise sein. Doch hier überlagern sich zwei Effekte. Wenn Sie die Rechnung aus dem Jahr 2005 betrachten, so ist

die Sachlage klar. Die Erlöse führten zu einem Überschuss von 1,3 Milliarden Franken. Diese wurden dem Eigenkapital zugeschrieben, welches dadurch wiederum auf den Stand von 2002 respektive Anfang der Neunzigerjahre anwuchs. Damit wurden die strukturellen Probleme kurzfristig überdeckt. Weiter flossen dank guter Konjunktur dem Staat mehr Steuergelder zu, was konjunkturell die strukturellen Probleme noch mehr kaschierte. Damit sank, und das ist aus unserer Sicht das Gefährliche an dieser Mechanik, klar und deutlich der Spardruck, vor allem für die Laufende Rechnung. Notwendige Strukturanpassungen zum Beispiel im Lohnsystem wurden aufgegeben, und ohnehin geplante und zusätzlich erwünschte Investitionen konnten ohne weiteres dank verdeckter struktureller Probleme getätigt werden. Da stellt sich die Frage: Welche Investitionen wurden denn explizit wegen des Golderlöses getätigt? Ist es das Polizei- und Justizzentrum (*PJZ*)? Ist es die Durchmesserlinie? Sind es Strassenbauten? Problematisch wäre es dann beim Luxusprojekt *PJZ*, welches weder nötig noch nachhaltig ist. Hingegen ist die Durchmesserlinie nötig und nachhaltig und für zukünftige Generationen enorm wichtig. Aber, die Durchmesserlinie hätten wir wohl auch ohne Golderlös getätigt und gebaut, da der Bund einen hohen Anteil mitfinanziert. Da Sie zu dieser Zeit noch nicht Finanzdirektorin waren, machen wir Sie auch keineswegs allein verantwortlich für diese Situation. Schliesslich abgeseget hat dies alles der Kantonsrat im Einklang mit der Gesamtregierung.

Die Grünliberalen hoffen auf eine stabile Konjunktur. Hoffen ist erlaubt, auch wenn wir von einer anderen Annahme ausgehen. Wie wir gestern in allen Medien erfahren konnten, kann es plötzlich auch sehr schnell gehen. Auch in solchen Situationen gilt es aber, einen kühlen Kopf zu bewahren. Diese Aussage wollen wir explizit auch auf den stabilen Steuerfuss verstanden wissen. Die Details dazu haben wir in der Eintretensdebatte ausführlich erläutert. Auf Weihnachten 2008 wünschen wir uns drei Dinge: das Anpacken der strukturellen Probleme, das Anpacken des Lohnsystems und das Denken in Szenarien vor dem nächsten KEF. Für alle drei Wünsche ist jetzt die Gelegenheit am günstigsten, in der Hochkonjunktur. Nutzen wir sie darum endlich. In diesem Sinn werden die Grünliberalen dem Budget 2008 mit einem Steuerfuss von 100 Prozent zustimmen und den KEF mit Blick auf die im Januar folgende KEF-Debatte zur Kenntnis nehmen.

Stefan Dollenmeier (EDU, Rüti): Der Elefant ist nicht gerade mein Vorbild, besonders nicht der Elefant im Porzellanladen. Ich habe weder Grösse noch Statur meiner Vorredner, geschweige denn die eines Elefanten. Aber trompeten kann ich auch, wenn es denn gewünscht ist.

Wir leben über unsere Verhältnisse. Der mittelfristige Finanzausgleich ist nur dank dem Goldsegen gewährleistet, auch wenn das Regierungsrätin Ursula Gut nicht gerade gerne hört. Statt in der Hochkonjunktur Überschüsse zu erzielen, schaffen wir knapp eine rote Null. Einerseits haben wir beziehungsweise hat der Souverän zu hohe Ausgaben beschlossen. Eine immer grössere Aufblähung bei der Bildung, teure Strukturen, die dem Schüler und der Schülerin nichts bringen, Blockzeiten und Tagesstrukturen, die die Wirtschaft fördern, aber nicht die Kinder. Prämienverbilligungen mit der Giesskanne, also auch bei Leuten, die die Prämien gut bezahlen könnten, aber eben einen guten Steuerberater haben. Der Moloch Kultur kostet uns Millionen, fast 3 Steuerprozent und dies, obwohl wir ohne Kultur zumindest ohne diese Art von Kultur wunderbar leben könnten. Viele weitere Beispiele liessen sich hier anfügen. Das Hauptproblem aber sind die fehlenden Einnahmen. Wir haben in den letzten acht Jahren die Steuern zu stark gesenkt, ganze Steuern sogar abgeschafft. Allein die Senkung von 105 auf 100 Prozent hat uns Mindereinnahmen von mehr als einer Milliarde, 1000 Millionen Franken, beschert. Dieses Geld fehlt uns, um Schulden abzubauen. Diese Steuersenkungen sind schuld am strukturellen Defizit, das uns in der nächsten Rezession noch gewaltig Kopfschmerzen oder Bauchweh verursachen wird.

In diesem Sinn sind wir nicht glücklich über dieses Budget, schon gar nicht über die Aussichten im KEF. Nun ist, wie im Eintreten gefordert, die Regierung aufgerufen, ihre Hausaufgaben zu machen. Wenn Sie nicht den Mut haben, die Steuern zu erhöhen, dann müssen die Ausgaben gesenkt werden. Schaffen Sie keine neuen Stellen mehr. Beschränken Sie die Staatsaufgaben auf das Nötige, auf die Kernaufgaben. Specken Sie beim Wünschbaren ab, bei der Kultur, bei all den Fachstellen, bei den unzähligen Statistikern, die immer wieder neue Arbeit suchen und finden. So und nur so kann es gelingen, das strukturelle Defizit zu beseitigen. Ich wünsche Ihnen den Mut, das Richtige zu tun, auch wenn es unpopulär ist.

Die EDU-Fraktion stimmt knurrend dem Budget 2008 zu und empfiehlt Ihnen ebenfalls, einem Steuerfuss von 100 Prozent den Vorzug zu geben.

Regierungsrätin Ursula Gut: Ruedi Lais hat die Frage nach den steuerlichen Auswirkungen der durch die US-Immobilienkrise beeinträchtigten UBS gestellt. Ich mache diese Aussage nun wirklich mit allen Vorbehalten. Es sind Schätzungen, und ich habe in keiner Weise das Bedürfnis zu dramatisieren. Aber wir rechnen mit Auswirkungen in einer dreistelligen Millionenhöhe.

Abstimmung zu Traktandum 11

Der Minderheitsantrag Jakob Schneebeili wird dem Antrag der Finanzkommission gegenübergestellt. Der Kantonsrat lehnt den Minderheitsantrag Jakob Schneebeili mit 115 : 53 Stimmen bei 0 Enthaltungen ab.

Keine weiteren Bemerkungen; genehmigt.

II. und III.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Das Geschäft ist erledigt.

Abstimmung zu Traktandum 10

Der Kantonsrat nimmt den KEF 2008 bis 2011 mit 99 : 52 Stimmen bei 15 Enthaltungen in zustimmendem Sinn zur Kenntnis.

Schlussabstimmung zum Budget 2008

Der Kantonsrat genehmigt mit 113 : 50 Stimmen bei 0 Enthaltungen den Voranschlag des Kantons Zürich für das Jahr 2008 gemäss Ziffer II des Dispositivs mit einem Aufwandüberschuss von 28'579'237 Franken in der Erfolgsrechnung und mit Investitionsausgaben von 1'383'291'100 Franken in der Investitionsrechnung.

Das Geschäft ist erledigt.

Regierungspräsidentin Rita Fuhrer: Wenig geschimpft, ist genug gelobt, heisst es in einem alten Sprichwort. Ich empfinde diese Budgetdebatte so. Jeder und jede hat seine oder ihre wichtigen Anliegen, die er oder sie hier im Rat während der Budgetdebatte auch kundgetan hat. Es war trotzdem eine aussergewöhnlich kurze Zeit, die wir mit dem Budget zusammen verbracht haben.

Es geht natürlich auch dem Regierungsrat oder jedem Regierungsmitglied so, dass es während der Erstellung des Budgets alle seine wichtigen Anliegen hat. Keine und keiner ist so ganz zufrieden, wenn beschlossen wird; genauso, wie es hier bei Ihnen im Saal zu- und hergeht, je nach Gewichtung der Aufgaben, je nachdem wie man sie auch aus seiner Sicht und aus seiner politischen Sicht sieht, je nachdem wie man auch die Aufgaben des Staats gegenüber Bürgerinnen und Bürgern gewichtet. Der Regierungsrat hat sich an eine Verfassung zu halten, die neu ist, und die Aufgaben klar definiert und andere eher in einer umfassenden Art bezeichnet. Der Regierungsrat hat sich an Gesetze zu halten, die seine Aufgaben umschreiben. Das ist das erste. Dann aber gibt es in einem Budget auch Zeichen von Fürsorge und von Menschlichkeit. Sie scheinen durch im KEF und im Budget, sind darin ersichtlich. Auch eine liberale Haltung gehört mit dazu, die den Bürger und die Bürgerin als selbstverantwortlichen, eigenständigen und freien Menschen sieht und auch so behandelt. Menschen, die selber auch noch etwas entscheiden wollen, vor allem diejenigen Dinge, die ihr Leben betreffen.

Ich bedanke mich bei Ihnen allen im Namen der gesamten Regierung für diese Budgetdebatte. Ich bedanke mich bei Ihnen allen im Namen der Regierung überhaupt für alle Diskussionen, die hier im Rat stattfinden können. Ich bedanke mich auch für Ihre Entscheidungen, die dann letztlich den Weg wieder frei machen für die Arbeit. Ich bedanke mich für die gemeinsame Arbeit, die wir leisten in den Kommissionen und hier im Rat.

Abschliessend wünsche ich Ihnen eine schöne weitere Adventszeit. Ich wünsche Ihnen allen schöne Weihnachtstage, sofern ich Sie nicht mehr sehen werde. Ich wünsche Ihnen allen ein gutes Neues Jahr. Wir haben ein Budget für das Jahr 2008 von Ihnen beschlossen erhalten. Wir werden uns daran halten. Wir werden versuchen, besser noch zu sein, als Sie uns vorgegeben haben. Wir hoffen alle, dass Sie selbst ein gutes, erfolgreiches und zufriedenes neues Jahr 2008 erleben werden.
(Applaus.)

Persönliche Erklärung

Martin Arnold (SVP, Oberrieden): Ich verlese Ihnen eine persönliche Erklärung zu den Bildungszielen der Bildungsdirektion.

Mit der Abgabe der Broschüre B5 hat die Bildungsdirektion ihre Legislaturziele einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt. Als Vertreter des Gewerbes und vieler Anbietenden der Bildung in beruflicher Praxis, wie es sich heute korrekt nennt, habe ich diese Legislaturziele eingehend studiert.

Darin ist von vielen wertvollen Massnahmen und Zielen die Rede: Schaffung eines integrativen sonderpädagogischen Angebots, Erhöhung von Durchlässigkeit und Integrationspotenzial der Oberstufe, Förderung der interdisziplinären Forschung und Entwicklung in der Sozialwissenschaft, Förderung von überfachlichen Kompetenzen zum Beispiel Medienkompetenzen, der Bezug der neuen Hochschulstandorte, für hohe Arbeitszufriedenheit der Lehrpersonen sorgen, um nur einige Beispiele zu nennen. Von den total 31 formulierten konkreten Zielen, die sie erreichen sollte, befassen sich nur gerade vier konkret mit der Berufsbildung. Die Broschüre zeigt mit aller Deutlichkeit, welche Priorität die Berufsbildung in der Bildungsdirektion momentan geniesst. Dies äussert sich auch ebenso konkret in grösster Zurückhaltung der Bildungsdirektion, wenn zum Beispiel ein Bildungszentrum aufgrund der Zunahme der Attestlehrgänge neu erstellt werden soll, oder wenn an der Nahtstelle zwischen Schule und beruflicher Grundbildung die Anforderungsprofile neu definiert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden sollen. Das Gewerbe fordert endlich die Anerkennung und Unterstützung, welches es aufgrund seines Engagements in der beruflichen Grund- und Weiterbildung auch verdienen würde. Die Spiesse zwischen gewerblicher Berufslehre und Hochschulausbildung werden auch finanziell gesehen immer ungleicher. Wir wollen damit weder den Bildungsstandort Zürich noch die universitäre Bildung schwächen, aber neben der tertiären Stufe A sollte nicht vergessen gehen, dass es auch eine berufliche Grundbildung, eine tertiäre Stufe B, gibt.

Ich komme mit dieser Erklärung der Aufforderung der Bildungsdirektion nach und pflege den offenen Dialog. Leider ist Regierungsrätin Regine Aeppli heute nicht hier. Ich denke mit und wäre auch bereit, mitzugestalten.

Schluss der Sitzung: 18.25 Uhr

Es findet eine Abendsitzung mit Beginn um 19.15 Uhr statt.

Zürich, 11. Dezember 2007

Die Protokollführerin:
Barbara Schellenberg

Vom Ausschuss Ratsprotokolle der Geschäftsleitung genehmigt am 28. Dezember 2007.